

betreffend Zunahme von Antisemitismus in Basel-Stadt

Der kürzlich erschienene Antisemitismusbericht des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds SIG in Zusammenarbeit mit der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus GRA kommt zu erschreckenden Erkenntnissen: Die Anzahl antisemitischer Vorfälle verharrt auch im vergangenen Jahr auf markant hohem Niveau, das Sicherheitsgefühl jüdischer Menschen hat sich deutlich verschlechtert.

In dem oben genannten Bericht werden auch mehrere Fallbeispiele aus Basel beschrieben, so etwa ein Schüler, der beschimpft wurde. So bezeichnete denn auch Jonathan Kreutner, Generalsekretär des SIG, in einem Artikel von PrimeneWS Basel als "Hotspot" antisemitischer Vorfälle.

In Basel sind etwas mehr als 1000 Menschen Mitglied einer jüdischen Gemeinde, darüber hinaus haben zahlreiche weitere Menschen einen direkten und persönlichen Bezug zum Judentum. Es ist unsere Pflicht und Verantwortung, dass alle Menschen in Basel vor Tötlichkeiten, Übergriffen, Anfeindungen und Diskriminierung geschützt werden. So fordert denn auch die Motion 24.5205 von Fleur Weibel und Konsorten die Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus mit Massnahmenplan (Frist Januar 2028), wie auch der Anzug 21.5495 von Pascal Messerli und Konsorten einen kantonalen Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus fordert (Frist Oktober 2025). Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere Vorstösse, welche die Thematik betreffen, wie bspw. der Anzug 23.5089 von Barbara Heer und Konsorten betreffend kantonale Beiträge zur Sicherheit von Minderheiten (Frist April 2025).

Die Interpellantin bittet den Regierungsrat deshalb um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie schätzt der Regierungsrat die aktuelle Situation betreffend Antisemitismus und den Handlungsbedarf in Basel ein?
2. Hatte der Regierungsrat auch unabhängig vom jüngsten Antisemitismusbericht Kenntnis über die Zunahme der antisemitischen Vorfälle in Basel? Werden solche Fälle spezifisch erfasst?
3. An welche öffentlichen Stellen können sich Menschen aus Basel wenden, wenn sie von Antisemitismus betroffen sind? An wen kann man sich wenden, wenn man in den sozialen Medien mit Antisemitismus konfrontiert wird? Wie niederschwellig sind die Meldemöglichkeiten?
4. Wie steht der Regierungsrat diesbezüglich mit der SIG, der Israelitischen Gemeinde Basel (IGB) und weiteren Gemeinden im Austausch?
5. Welche Gremien innerhalb der Verwaltung nehmen sich diesem Problem sowie möglicher Massnahmen gegen Antisemitismus an? Welche Departemente, Abteilungen und Fachstellen sind involviert?
6. Welche Präventionsprojekte aus der Zivilgesellschaft unterstützt der Kanton Basel-Stadt?
7. Hat der Regierungsrat den Austausch mit dem Runden Tisch der Religionen gesucht zur Zunahme antisemitischer Vorfälle in Basel wie auch mögliche Massnahmen, die die von Rassismus betroffenen Religionsgemeinschaften wünschen?
8. Welche allgemeinen Massnahmen hat der Regierungsrat bezüglich antisemitischer Vorfälle in Basel bereits eingeführt? Gibt es weitere Massnahmen, die der Regierungsrat derzeit prüft?
9. Wie schätzt der Regierungsrat die aktuelle Situation in den Schulen ein? Sieht er in diesem Bereich spezifischen Handlungs- und Sensibilisierungsbedarf? Welche konkreten Massnahmen wurden bereits ergriffen oder sind in Planung?
10. Verfügt der Regierungsrat über eine Grundlage, anhand derer abgeschätzt werden kann, in welchen Bereichen Menschen besonders oft von Antisemitismus und anderen Formen von Rassismus betroffen sind (bspw. im öffentlichen Raum, im schulischen Kontext, im Arbeitsalltag, etc.)? Sieht der Regierungsrat diesbezüglich Möglichkeiten, vermehrt spezifische Massnahmen zu ergreifen?

Salome Bessenich